



Presseinformation

Nr. 072/2006

Kiel, Donnerstag, 23. Februar 2006

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Zwangsprostitution

Heiner Garg: „Zwangsprostitution ist nicht nur ein Problem zur Fussball-WM“

In seinem Redebeitrag zu **TOP 10** (Zwangsprostitution bei der Fußball-WM) erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Im Namen meiner Fraktion möchte ich den Grünen für die Initiative zu diesem fraktionsübergreifenden Antrag danken. Es gibt uns die Gelegenheit, hier in diesem Hause über das Thema Zwangsprostitution zu reden und zwar unabhängig von der im Sommer stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft, wenn diese auch Anlass für diese Debatte gibt. Zwangsprostitution ist nämlich auch ein Thema, wenn die erwarteten Millionen Besucher aus aller Herren Länder wieder abgereist und bei ihren Familien sind.

Es bleibt auch ein Thema bei Veranstaltungen wie der Kieler Woche und jeder anderen Großveranstaltung, denn auch zu diesen Events wird das Personal wegen der erhöhten Nachfrage aufgestockt. Das ist bekannt.

Zur Weltmeisterschaft selbst gehen die Problemdarstellungen und die Einschätzungen weit auseinander. Frauenverbände und der Deutsche Städtetag rechnen mit ca. 40.000 „zusätzlichen“ Zwangsprostituierten. Insbesondere die Frauenverbände berufen sich hierzu auf Zahlen des Bundeskriminalamtes. Dort will man diese Zahlen aber nicht kennen.

Die Gewerkschaft Ver.di und der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen (kurz BSD) halten das Thema „WM und Zwangsprostitution“ für absolut überschätzt.

Dennoch ist es richtig und legitim, wenn Frauenverbände das Ereignis Fußball-WM nutzen, um auf das allgemeine Problem der Zwangsprostitution hinzuweisen.

Und unsere heutige Debatte ist ja schon die erste öffentlichkeitswirksame Maßnahme, um hier zu unterstützen.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Was bedeutet Zwangsprostitution? Sie bezeichnet die illegale Praxis, Menschen (in nahezu allen Fällen Frauen) zur Arbeit als Prostituierte zu zwingen.

Zwangsprostitution gehört nicht zur Prostitution als anerkannte sexuelle Dienstleistung, sondern zur Sklaverei. Der Zwang wird auf die Opfer zumeist

- durch psychische und physische Gewalt,
- durch Täuschung,
- Erpressung,
- Ausnutzung einer Zwangslage oder
- Ausnutzung der Hilflosigkeit des Opfers ausgeübt beziehungsweise
- durch eine Mischung aus all diesen Komponenten.

Dabei stammen die weiblichen Opfer vielfach aus dem osteuropäischen Ausland und wurden unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Initiative der Grünen, die damit dokumentieren, eben mit dieser Praxis nicht einverstanden zu sein. In Schleswig-Holstein ist die Zahl der entdeckten Fälle mit zehn eher gering.

Nach Aussagen des Innenministeriums in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Lütke gab es bei den Razzien in den überwiegenden Fällen keine Anhaltspunkte für Zwangsprostitution und Ausbeutung. Dennoch dürfte es auch hier eine höhere Dunkelziffer geben.

Ich denke diese Debatte heute hier ist ein Anfang, sich im Ausschuss noch eingehender mit diesem Thema zu beschäftigen, auch wenn wir heute in der Sache dem Antrag zustimmen können. Es gibt nämlich noch viele Fragen. So bleiben bei uns die Fragen offen, in wieweit die Mitarbeiter der Ermittlungsbehörden bereits in der Ausbildung mit diesem Thema geschult werden?

Wie oft führt die Polizei im Jahr entsprechende Razzien durch?

Gibt es ein Zeuginnenbetreuungsprogramm und wie ist dieses strukturiert?

Räumt man den illegal eingereisten Frauen ausreichende Überlegungsfristen ein, damit sie sich entscheiden können, gegen Menschenhändler und Zuhälter auszusagen?

Wie werden die Frauen nach einer Entdeckung durch die Polizei betreut? Gibt es hier ausreichend muttersprachlich ausgebildete Kräfte?

Unser Dank geht in diesem Zusammenhang an die Frauenberatungsstelle Contra, die für Opfer von Menschenhandel psychosoziale Betreuung und Beratung im Umgang mit den Behörden leistet.

Ich denke, es stünde uns gut an, uns im Ausschuss auch einmal deren Erfahrungen mit diesem Thema schildern zu lassen.“